

Beschluss

Menschenwürdiges Bürger*innengeld

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024
Beschlussdatum: 03.02.2024
Tagesordnungspunkt: 9. Sonstige Anträge

Antragstext

1 "Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
2 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch
3 eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das
4 soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels
5 und kann angesichts großer Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und
6 Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne
7 Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die nicht stigmatisiert und die
8 einfach und auf Augenhöhe gewährt wird."

9 Bundestagswahlprogramm 2021, Kapitel 3, S. 111

10 Hartz 4 war ein Fehler. Menschen wurden stigmatisiert, die Leistungen waren zu
11 gering und wurden unter das Existenzminimum gekürzt. Die Jobvermittlung setzte
12 darauf schnell in Arbeit zu vermitteln, statt Weiterbildung zu fördern und
13 Chancen zu geben. Menschen wurden in Helfer*innenjobs und Maßnahmen vermittelt,
14 die nicht ihren Qualifikationen und Interessen entsprachen, anstatt sie
15 langfristig zu fördern und sie bei der Ausbildung zu dringend benötigten
16 Fachkräften zu unterstützen. Damit wurde in erster Linie ein Niedriglohnsektor
17 geschaffen, der die Betroffenen, meist kurzfristig, aus der
18 Arbeitslosenstatistik hob, jedoch nicht aus der Armut. Die Abhängigkeit vom
19 Jobcenter blieb oft langfristig bestehen, sei es durch die Notwendigkeit, die
20 Einkünfte aufzustocken oder aufgrund von nur kurzfristigen Arbeitsverhältnissen.

21 Diesen Fehler haben wir erkannt und deshalb letztes Jahr endlich mit dem
22 Bürger*innengeld einen Paradigmenwechsel auf den Weg gebracht. Wir wollen
23 Menschen bei der langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt fördern und
24 unterstützen. Dafür sollen Arbeitslose die Möglichkeit haben sich neu zu
25 orientieren, zu qualifizieren und bei Vermittlungshindernissen unterstützt zu
26 werden.

27 Zudem machten wir mit dem Bürgergeld klar: Die Würde des Menschen ist
28 unantastbar - Sie hängt nicht von Arbeit ab. Unter das Existenzminimum darf
29 unter keinen Umständen gekürzt werden!

30 Die Einigung zum Bürger*innengeld war ein schwer erstrittener Kompromiss mit der
31 FDP und der CDU. Wir sind dabei weit hinter unseren ursprünglichen Forderungen
32 zurück geblieben, dennoch bleibt es ein wichtiger Schritt in die richtige
33 Richtung. Diesen dürfen wir nicht zurück gehen.

34 Der Gesetzesentwurf aus dem Arbeitsministerium im Rahmen der Haushaltseinigung,
35 der seit Ende Dezember zirkuliert, geht an die Kernprinzipien des
36 Bürger*innengelds. Durch den Zwang, unter Drohung der Kürzung des gesamten
37 Bürger*innengeld einen Job anzunehmen, sind die gewünschte langfristige

38 Neuorientierung und Qualifizierung nicht mehr möglich. Die Entscheidung, was ein
39 passendes Jobangebot darstellt, liegt nicht bei den Betroffenen sondern in der
40 Hand der Behörden. Alte Hartz IV-Verhältnisse könnten damit zurückgeholt werden.
41 Auch der Wechsel der Behördenkultur, der Anfang letzten Jahres noch als Erfolg
42 gefeiert wurde, wird infragegestellt. Wiederum wird den Menschen nicht Respekt
43 sondern Misstrauen entgegengebracht, mehr noch, man begegnet den Menschen nicht
44 auf Augenhöhe, sondern mit vermeintlich erzieherischen Maßnahmen, die nicht
45 weiterhelfen, sondern die Lage der Betroffenen noch mehr verschlimmern. Das
46 sollte nicht unser grüner Anspruch sein!

47 Unter der Berücksichtigung, dass mit knapp 46 Mio. noch nie so viele Menschen
48 wie momentan in Deutschland erwerbstätig waren und sich zudem ein beträchtlicher
49 Anteil der Empfänger*innen des Bürger*innengelds entweder in Arbeit befindet
50 oder nicht erwerbsfähig ist (mehr als 2 von 5,5 Mio.), muss ein derartiges
51 Vorgehen der Leistungskürzung als Scheindebatte verbucht werden. Wir stellen uns
52 gegen eine derartige Stimmungsmache zu Lasten derer, die in relativer Armut leben
53 müssen. Das Narrativ des faulen Arbeitslosen, der nur unter Androhung der
54 Wegnahme des Existenzminimums ernsthaft nach einer Erwerbsarbeit sucht,
55 beschreibt nicht die Realität.

56 Die möglichen Kürzungen aller Zuwendungen außer der Wohn- und Heizkosten gehen
57 noch über die Sanktionen im Hartz 4 Regime hinaus und haben mit einem
58 würdevollen Leben oder auch nur dem Existenzminimum nichts zu tun. Das
59 Bürger*innengeld ist aber genau das: Das Minimum. "Dach überm Kopf aber kein
60 Geld für Essen" darf nicht legitimer Teil unseres Sozialsystems sein.

61 Eine Zustimmung zu einem Gesetz, dass auch nur vergleichbar mit den öffentlich
62 kommunizierten Vorschlag des Sozialministeriums ist, würde wiederum auf Jahre
63 hinweg ein menschenunwürdiges System zementieren. Der Vorschlag ist
64 populistisch, unsozial und betreibt wieder einmal eine Diskursverschiebung nach
65 rechts. Diesen Schritt dürfen wir nicht mitgehen.

66 Wir dürfen den Fehler Hartz 4 nicht wiederholen!

67 Die LDK beschließt deshalb:

68 Kürzungen unter das soziokulturelle Existenzminimum widersprechen der
69 Menschenwürde und den Grundsätzen und Beschlüssen zu sozialer Politik von
70 Bündnis90/Die Grünen.

71 Die zwanghafte Koppelung der Leistungen an das Annehmen von Jobangeboten
72 widerspricht dem Paradigma der Förderung des Bürgergeldes und wird wie auch
73 schon im Hartz 4 System nicht zu weniger Armut führen. Wir setzen weiterhin auf
74 Förderung, Weiterbildung und eigenständige Neuorientierung zur langfristigen
75 Integration im Arbeitsmarkt.

76 Wir stehen zum Bürger*innengeld und streiten weiterhin für die Verbesserung der
77 Leistungen, Weiterbildung und für Respekt statt Stigmatisierung. Ein
78 Zurückfallen hinter die Einigung zum Bürger*innengeldes im letzten Jahr ist ein
79 politischer und moralischer Fehler.

80 Wir fordern die Grünen Minister*innen, Mandatsträger*innen und die Bundespartei
81 dazu auf, dem Gesetzentwurf und vergleichbaren Einigungen nicht zuzustimmen.

Begründung

82 im Antragstext

Unterstützer*innen

Reinhard Loos (KV Erfurt)